



Oberfranken

Kriminalstatistik 2023

A woman in a police uniform is looking at a handheld device. The image is overlaid with a blue tint. In the background, another person is visible, and there are some papers or documents on a desk.

Die Kriminalität

» In Oberfranken leben heißt, besonders sicher leben. Mit einer Aufklärungsquote von 71,5 Prozent belegt das Polizeipräsidium Oberfranken in diesem Bereich den 1. Platz in Bayern. Dies zeugt von der ganz hervorragenden Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten. «

Markus Trebes, Polizeipräsident,
in der Pressekonferenz anlässlich
der Veröffentlichung der Kriminalitäts-
statistik am 19. März 2024

Kriminalitätslage Oberfranken mit Bestwerten

71,5

Mit 71,5 Prozent hat Oberfranken die höchste Aufklärungsquote aller bayerischen Polizeiverbände.

Nachdem im vergangenen Jahr ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen war, hat die Arbeit der oberfränkischen Polizei Früchte getragen. Die Straftaten im Verband zeigen sich entgegen der gesamt-bayerischen Tendenz rückläufig. Zudem ist die höchste Aufklärungsquote ein Beleg für die hervorragende Arbeit der Angehörigen der Polizei in Oberfranken. Dabei wird durch Schwerpunkteinsätze, insbesondere in Grenznähe, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt und es werden moderne Kriminalitätsphänomene wie der Callcenter-Betrug entschieden bekämpft.

Die oberfränkische Polizei stellt sich gerne den altbekannten und neuen Herausforderungen und sorgt dafür, dass die Sicherheitslage in unserem Regierungsbezirk eine der Besten ist.

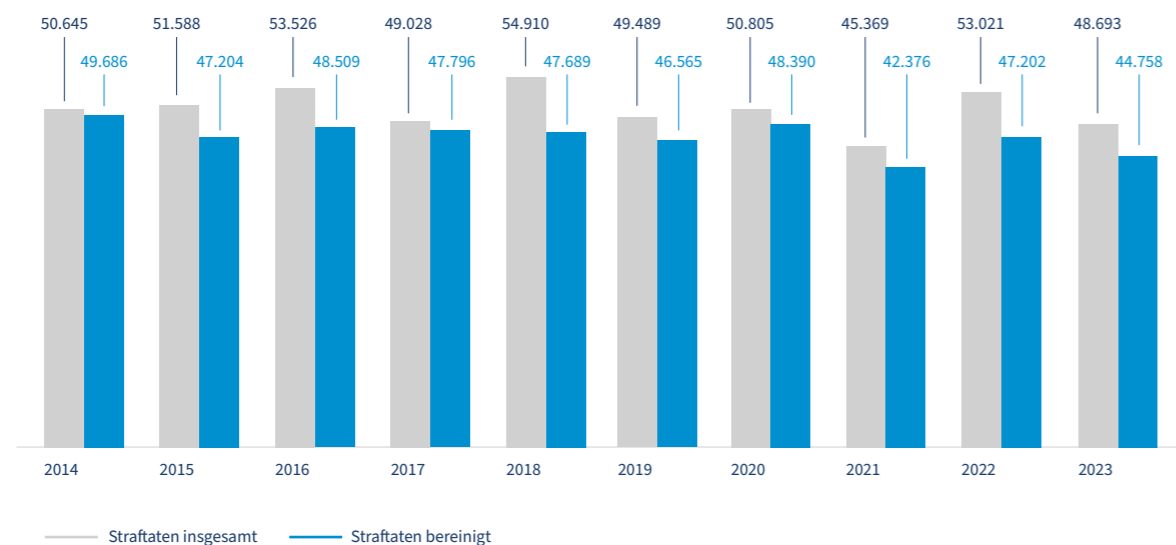
Im Präsidialbereich Oberfranken wurden im Betrachtungszeitraum 48.693 Straftaten registriert. Das sind 4.328 weniger als im Jahr 2022. Diese Zahlen werden nach wie vor durch Delikte nach dem Aufenthalts-, Asyl- und Freizügigkeitsgesetz beeinflusst. Aussagekräftiger sind daher die sogenannten bereinigten Zahlen (siehe Info rechts). Ohne ausländerrechtliche Fälle zählte die Polizei im vergangenen Jahr 44.758 Straftaten, das sind 2.444 weniger als im Vorjahr.

Nach einem Anstieg im vergangenen Jahr, konnten die Fallzahlen im Vergleich zum Jahr vor der Corona-Pandemie verringert werden. Den größten Rückgang von Delikten verzeichneten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und der Rauschgiftkriminalität, während im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls ein merklicher Anstieg festzustellen ist.

Die sogenannte Häufigkeitszahl (HZ) beschreibt als Sicherheitsfaktor das Verhältnis der bekannt gewordenen Straftaten pro hunderttausend Einwohner. Sie beträgt in Oberfranken für das vergangene Jahr bei den bereinigten Fallzahlen 4.168. Bayernweit liegt sie bei 4.361. Oberfranken liegt damit unter dem bayernweiten Durchschnitt. Weiter präsentiert sich unser Verband auch bei der Aufklärungsquote (AQ) hervorragend: Sie beträgt 71,5 Prozent. Dies bedeutet nicht nur eine Verbesserung der Quote, sondern auch den Spitzenplatz in Bayern.

Zu den 31.988 aufgeklärten Fällen des Jahres 2023 ermittelte die oberfränkische Polizei 22.810 Tatverdächtige.

Straftaten im 10-Jahres-Vergleich



Kinder- und Jugendliche

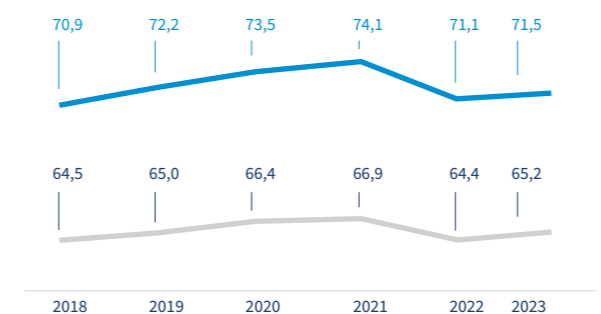
Der Anteil der tatverdächtigen Kinder und Jugendlichen lag im Jahr 2023 bei Berücksichtigung der bereinigten Fallzahlen bei 12,6 Prozent und damit um 0,5 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Damit nähert man sich dem vorpandemischen Niveau aus 2019 mit 12,1 Prozent an.

Kinder begingen schwerpunktmäßig Sachbeschädigungen, einfache Diebstahldelikte oder Ladendiebstahl. Jugendliche begingen darüber hinaus Rauschgift- und Gewaltdelikte.

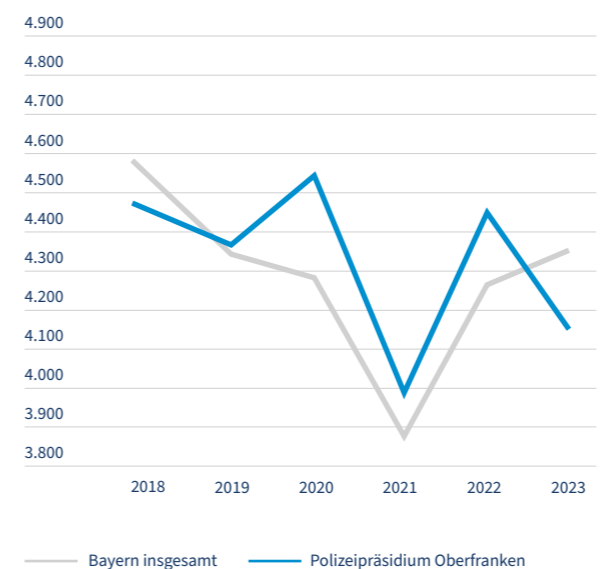
Kriminalität im Grenzbereich

Entgegen dem oberfränkischen Trend entwickelten sich die Fallzahlen im Grenzbereich zur Tschechischen Republik. Dort sind 569 mehr bereinigte Straftaten bekannt geworden. Vor allem im Deliktbereich der Diebstähle ist ein Zuwachs zu verzeichnen.

Aufklärungsquote in Prozent (bereinigte Zahlen)



Häufigkeitszahl (bereinigte Zahlen)



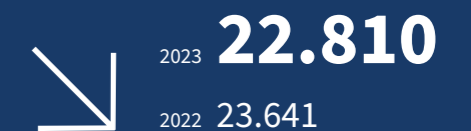
Straftaten



Aufklärungsquote



Tatverdächtige



Hinweis: bereinigte Zahlen



Was sind bereinigte Zahlen?

Werden bei der Registrierung von Flüchtlingen ausländerrechtliche Verstöße festgestellt, wie zum Beispiel der Aufenthalt ohne Pass oder Aufenthaltsgenehmigung, werden diese zur Anzeige gebracht. Diese Straftaten gegen das Aufenthalts- bzw. Freizügigkeitsgesetz befinden sich, vor allem bedingt durch die in der letzten Dekade gestiegenen Flüchtlingszahlen, nicht nur in Oberfranken immer noch auf einem erhöhten Niveau.

Diese Verstöße, die nur von Zuwanderern begangen werden können, lassen die Zahl der Straftaten insgesamt ansteigen und verbessern auf der anderen Seite die Aufklärungsquote. Sie haben aber keine Wirkung auf die tatsächliche Sicherheitslage. Deshalb gibt es zweierlei Zahlen: Die Zahlen insgesamt sowie die wesentlich aussagekräftigeren „bereinigten Zahlen“. Nur so können die Zahlen seit 2015 mit den Vorjahren verglichen werden. Alle anderen Straftaten von Zuwanderern werden in der Statistik selbstverständlich erfasst.

Um die Entwicklung der Kriminalität adäquat vergleichbar darzustellen, wird auf das vorpandemische Jahr 2019 Bezug genommen.

Kriminalitätsentwicklung

Daten für die Oberzentren und die Landkreise

Oberzentren

In den oberfränkischen Oberzentren Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof registrierte die Polizei im Jahr 2023 insgesamt 17.974 Straftaten (siehe Bildleiste) und damit einen Rückgang um etwa Tausend Fälle. Allen voran Bamberg zeigte dabei mit einem Rückgang von 13,7 Prozentpunkten eine signifikante Verbesserung. 1.030 weniger Straftaten als 2022 wurden dort registriert. Auch in Bayreuth gab es 73 Straftaten weniger als im Vorjahr, in Coburg 126. Lediglich in Hof wurden 203 Straftaten mehr als im Vorjahr aufgenommen.

Landkreise

Dieses Bild spiegelt sich auch in den oberfränkischen Landkreisen wider. Lediglich im Landkreis Wunsiedel, einer grenznahen Region, stieg die Fallzahl um 365 auf 4.045. Der Landkreis Hof blieb nahezu identisch. In allen anderen Kreisen fielen die registrierten Straftaten zum Teil im zweistelligen Bereich ab. Besonders die Landkreise Kulmbach, Bayreuth und Kronach sind hierbei zu nennen.

Landkreise	2023			Veränderung zu 2022		
	Fälle	AQ in %	HZ	Anzahl	in %	AQ in %-Punkten
Bamberg	3.638	70,7	2.440	-196	-5,1	-0,5
Bayreuth	2.636	69,9	2.518	-373	-12,4	-1,0
Coburg	2.552	71,0	2.930	-97	-3,7	-1,8
Forchheim	2.807	68,6	2.380	-201	-6,7	0,5
Hof	4.177	76,5	4.416	2	0,0	-0,8
Kronach	1.969	71,9	2.966	-274	-12,2	-0,1
Kulmbach	2.425	75,2	3.384	-616	-20,3	2,9
Lichtenfels	2.535	70,3	3.765	-21	-0,8	-0,3
Wunsiedel/F.	4.045	75,4	5.618	365	9,9	0,5

Kriminalität im Grenzbereich

Delikte an der Landesgrenze steigen

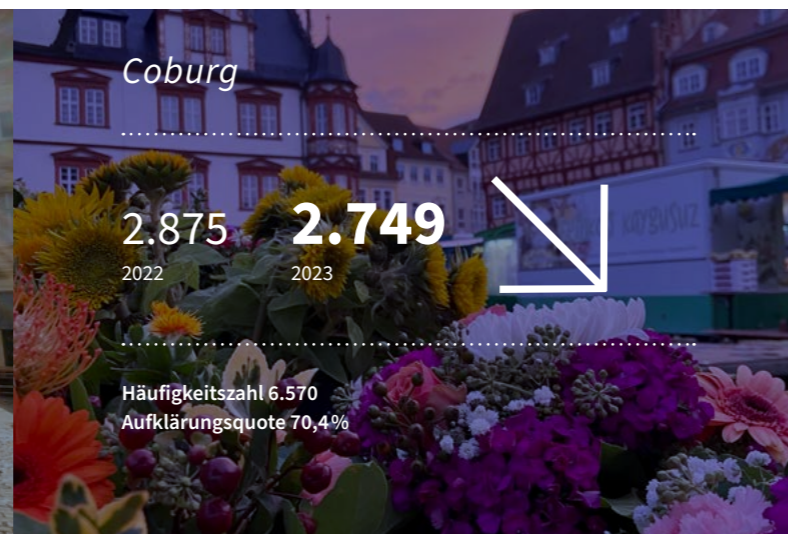
Die Entwicklung der Fallzahlen im grenznahen Bereich zur Tschechischen Republik zeigt sich gegensätzlich zum grundsätzlichen oberfränkischen Trend. Während im restlichen Regierungsbezirk die Fallzahlen sanken, stiegen die registrierten Straftaten im Grenzbereich um fünf Prozent auf 11.941 Fälle (2022: 11.372). Der Grenzbereich umfasst die Landkreise Wunsiedel und Hof sowie das Stadtgebiet Hof.

Insbesondere im Bereich der Diebstahldelikte zeigt sich ein Anstieg um 499 Fälle (22,6 Prozent). Hier sind vor allem Diebstähle des besonders schweren Falles (plus 55,9 Prozent) und Fahrraddiebstähle (plus 39,8 Prozent) auffällig. Dabei wurden vor allem Nebengebäude wie Garagen und Gartenhäuser oder Kellerräume angegangen. Die polizeilichen Ermittlungen zeigen: Häufig handelte es sich dabei um Serien. So konnte im Bereich der PI Marktredwitz ein Komplex mit insgesamt 26 Fällen geklärt werden. Des Weiteren wurden zwei

74

Die Aufklärungsquote für alle bereinigten Fallzahlen im grenznahen Bereich zeigt sich, entgegen dem oberfränkischen Trend, rückläufig. Sie beträgt 74 Prozent (Vorjahr: 75 Prozent).

Fortsetzung Seite 16 >



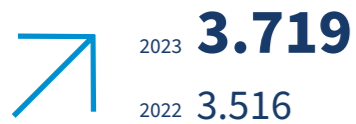
Internationale Polizeiarbeit in der Grenzregion

Um Synergieeffekte für die Polizeiarbeit in der Grenzregion zu nutzen, arbeitet die oberfränkische Polizei eng mit anderen Organisationen zusammen. Die Polizeien der Freistaaten Bayern und Sachsen, sowie die Bundespolizei sind im Fahndungs- und Kompetenzzentrum (FKZ) Vogtland miteinander organisiert. Im FKZ werden gemeinsame Einsätze koordiniert, Informationen ausgetauscht und miteinander abgestimmte Maßnahmen angestoßen.

Hinzu kommt eine enge Zusammenarbeit der Polizei Oberfranken mit den tschechischen Kollegen der Polizeidirektion Karlsbad. Das gute Miteinander über Staatsgrenzen hinaus bewies sich exemplarisch bei einer Suche nach einer vermissten Person Anfang April 2023. Durch hervorragende Zusammenarbeit konnte der 68-Jährige auf tschechischem Gebiet aufgefunden und in Deutschland medizinisch versorgt werden. Weiter wurde im September 2023 eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundespolizei zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Regierungsbezirk geschlossen. Zentrales Ziel ist die Erhöhung der sichtbaren Präsenz und damit eine effektivere Bekämpfung der Kriminalität.

Grenzregion

Stadt Hof



Landkreis Hof



Landkreis Wunsiedel



Grenzregion



Polizeipräsidium Oberfranken



Hinweis: bereinigte Zahlen



Aufbruchserien von Zigarettenautomaten in Hof sowie in Coburg aufgeklärt. In beiden Fällen führte die Gründung einer Ermittlungsgruppe zur Festnahme einer Tätergruppierung. Beiden Gruppen werden aktuell mindestens 29 Diebstähle vorgeworfen. Durch die noch ausstehende Spurenauswertung ist zu erwarten, dass diese Zahl weiter steigt.

Im gesamten Grenzbereich gab es 78 Anzeigen von Wohnungseinbrüchen, was einem Anstieg um 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Oberfrankenweit sind hier 243 Fälle registriert. Glücklicherweise blieb etwa die Hälfte der Taten im Versuchsstadium, ohne dass es zu Entwendungsschäden kam. Oberfrankenweit wurden 128 Einbrüche vollendet. In der Grenzregion waren 37 Einbrüche erfolgreich. Die steigende Verbreitung von Einbruchsschutz macht sich hier bezahlt. Die Aufklärungsquote betrug 15,4 Prozent in der Grenzregion und 20,2 Prozent in ganz Oberfranken.

Auch Diebstähle von Kraftfahrzeugen weisen einen signifikanten Anstieg auf. 42 bekannt gewordene Fälle im Grenzbereich bedeuten eine Steigerung um 82,6 Prozent. In der Grenzregion spielten sich damit etwa ein Drittel aller derartiger Fälle in Oberfranken ab (Oberfranken gesamt: 135).

Sinkende Fallzahlen gibt es im Grenzbereich hingegen bei der Betäubungsmittelkriminalität. Hier wurden 1.831 Fälle von Rauschgiftverstößen festgestellt, was ein Minus von 112 Fällen im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die Fallzahlen mit Cannabis und Crystal zeigen sich im Grenzbereich weitestgehend gleichbleibend, analog der oberfrankenweiten Entwicklung zeigt sich Heroin rückläufig, während es bei Kokain einen leichten Anstieg zu verzeichnen gilt.



Beamtinnen und Beamte der Grenzpolizeiinspektion Selb trainieren gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizeiinspektion Selb beim gemeinsamen Workshop „Einschreiten und Kontrolle in Zügen“ im Aus- und Fortbildungszentrum der Bundespolizei in Bamberg.

Trickbetrug am Telefon Meist nicht erfolgreich – aber hoher Schaden

Ein aktuelles Thema für die Polizei bleiben sogenannte Call-Center-Betrüger. Jahrelange intensive Aufklärungsarbeit trägt dazu bei, dass immer mehr Betrugsversuche frühzeitig erkannt werden. Mit einer Vielzahl an dreisten Maschen schaffen es Betrüger jedoch immer wieder, insbesondere von älteren Menschen, hohe Geldbeträge zu ergaunern. Auch Ermittlungserfolge lassen sich verbuchen.

Falsche Amtsträger, Gewinnversprechen oder Einzeltrick – der kriminellen Kreativität der Call-Center-Betrüger scheint keine Grenze gesetzt. Dabei zielen die meisten Maschen darauf ab, das Opfer emotional betroffen zu machen und unter Druck zu setzen. Betroffene Personen erzählen, dass sie angesichts der Stresssituation wegen eines angeblichen Unglücks alle deutlichen Warnsignale übersahen und dass ihnen durch die Anrufer keine Zeit zum Nachdenken gelassen wurde.

Umso erfreulicher ist es, dass Präventionsmaßnahmen der Polizei Wirkung zu zeigen scheinen. Der überwiegend große Teil der angezeigten Fälle wird im Versuchsstadium erkannt, ohne dass es zu einem finanziellen Schaden kam. Geschultes Personal in Banken erkennt Betrugsversuche und warnt die Betroffenen. Doch auch viele Angerufene erkennen den Betrugsversuch von sich aus. Aufklärungsarbeit, zum Beispiel in Kooperation mit der Friseur-Innung, zeigt hier ihre Wirkung.

Hohe Schadenshöhe im Erfolgsfall

Im Erfolgsfall erbeuten Betrüger oftmals sechsstellige Summen und damit meist die gesamten Ersparnisse der Opfer. Daher bleibt das Thema für die Polizei aktuell. Der Gesamtschaden in Oberfranken im Jahr 2023 übersteigt die Schwelle von zwei Millionen Euro. Streng nach dem Motto „Jede Tat ist eine zu viel“ geht die Polizei entschlossen gegen Kriminelle vor. Dabei gelangen auch immer wieder Täterfestnahmen. So wurde nach einem Hinweis der Ehefrau ein Geldabholer im Oktober am Angerparkplatz in Coburg festgenommen, der im Begriff war, von dem getäuschten Ehemann 30.000 Euro zu erbeuten. Auch kam es zu einer Verurteilung eines Betrügers, der nicht mit dem Geschick einer Telefonistin im Ruhestand rechnete. Mit intelligenter Gesprächsführung konnte die Rentnerin den Betrug erkennen und einen Täter derart manipulieren, dass Kripobeamtinnen diesen festnehmen konnten. Das Gericht verurteilte den Mann zu vier Jahren Haft.

Callcenterbetrug 2023

4.521

Fälle insgesamt

320

davon vollendet

2.314.581 €

Gesamtschaden



Sonstiger Callcenterbetrug

u.a. Gewinnversprechen, falscher Polizeibeamter

880 71 231.786 €

Fälle Vollendet Schaden

Einzeltrick / Schock

per Telefon

2.515 102 1.648.423 €

Fälle Vollendet Schaden

Einzeltrick / Schock

per Messenger

1.126 147 434.372 €

Fälle Vollendet Schaden

Kriminalität im Kontext der Zuwanderung

Straftaten steigen weiter

Nach einem Rückgang der Fallzahlen während der Corona-Pandemie sind die durch Zuwanderer begangenen Straftaten seit dem vergangenen Jahr wieder deutlich zunehmend. Zum Vorjahr ist ein Anstieg von 191 Fällen bzw. um 4,4 Prozent zu verzeichnen. Mit 4.533 Fällen wird im Jahr 2023 der höchste Wert der vergangenen zehn Jahre erreicht.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Oberfranken wurden insgesamt 22.810 Tatverdächtige gelistet. Etwa ein Drittel, also 7.488, waren nicht-deutsche Tatverdächtige. Davon wiederum zählen 3.203 Tatverdächtige als Zuwanderer. Im Vergleich zum Vorjahr wächst damit die Anzahl der tatverdächtigen Zuwanderer um 298 Tatverdächtige erneut an. Seit dem Jahr 2021 sind steigende Werte zu verzeichnen. Dem entgegen entwickelt sich die Anzahl aller Tatverdächtigen nach einem Höchststand im Vorjahr rückläufig. Der Anteil der Zuwanderer an den Gesamttatverdächtigen ist also steigend. Der mit 85,4 Prozent überwiegende Anteil der tatverdächtigen Zuwanderer ist männlich.

Kriminalitätsstruktur

Im Jahr 2023 wurden über 30 Prozent der tatverdächtigen Zuwanderer im Bereich von Diebstahldelikten auffällig. Der überwiegende Anteil mit 1.204 Fällen fiel hierbei auf einfache Diebstähle, 201 Fälle sind dem schweren Diebstahl zuzuordnen. Im Bereich der Rohheitsdelikte wurden 1.030 Fälle registriert, was einem Gesamtanteil von 22,7 Prozent entspricht. Unter Rohheitsdelikten werden die Straftatbestände von Raubdelikten, Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung, Nachstellung (Stalking), Zwangsheirat, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme und Menschenhandel subsummiert.

Vermögens- und Fälschungsdelikte wurden 722 gezählt, 15,9 Prozent der durch Zuwanderer begangenen Taten wurden damit auffällig. Im Bereich der strafrechtlichen Nebengesetze waren es 513 tatverdächtige Zuwanderer. Weiter wurden 110 Zuwanderer als Tatverdächtige von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und 16 Tatverdächtige von Straftaten gegen das Leben erfasst.

Altersstruktur und Tatörtlichkeiten

Der Anteil tatverdächtiger Kinder bei den Straftaten im Kontext der Zuwanderung liegt bei 4,8 Prozent und ist im Anteil unverändert zum Vorjahr. Der Anteil jugendlicher Tatverdächtiger ging auf 7,1 Prozent (229 Tatverdächtige, minus 0,3 Prozent) zurück, während der Anteil der Heranwachsenden auf 8,9 Prozent mit 285 Tatverdächtigen anstieg. Mit 79,1 Prozent werden die meisten Straftaten durch Erwachsene begangen.

Mit 739 Fällen wurden 16,3 Prozent aller gelisteten Fälle auf öffentlichen Plätzen innerhalb geschlossener Ortschaften begangen. Mit 551 Fällen, bzw. 12,2 Prozent, liegen Verbraucher- und Supermärkte an zweiter Stelle der Tatörtlichkeiten. Asylbewerberunterkünfte werden als Drittes gelistet mit 521 Fällen, was 11,5 Prozent entspricht. Mit deutlich geringerem Anteil folgen Wohnungen und der öffentliche Personenverkehr.

Zuwanderer als Opfer

Von den insgesamt 1.010 als Opfer registrierten Zuwanderern waren 26,9 Prozent (272 Personen) weiblich und 73,1 Prozent (738 Personen) männlich. Erfasst sind hierbei nur sogenannte Opferdelikte. Es wurden 64 Kinder, 108 Jugendliche, 96 Heranwachsende und 742 Erwachsene als Opfer erfasst. In 599 Fällen, also etwa der Hälfte der durch Zuwanderer begangenen Opferdelikte, sind sowohl Tatverdächtiger als auch Opfer als Zuwanderer eingestuft.

Zuwanderer wurden zu 95,9 Prozent Opfer eines Rohheitsdelikts bzw. einer Straftat gegen die persönliche Freiheit. Zu 2,5 Prozent wurden sie Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und zu 1,3 Prozent von Straftaten gegen das Leben.



Begriffsdefinition „Zuwanderer“

Unter die Begrifflichkeit "tatverdächtiger Zuwanderer" fallen nach bundeseinheitlicher Definition Tatverdächtige, bei welchen die Aufenthaltsgründe Asylbewerber, Duldung, Kontingent-/Bürgerkriegsflüchtling, unerlaubter Aufenthalt oder international / national Schutzberechtigte und Asylberechtigte erfasst sind.

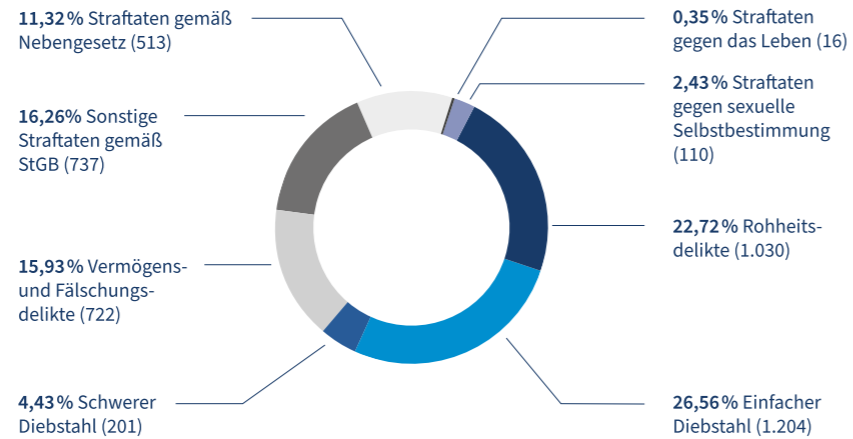
Tatverdächtige Zuwanderer sind eine Teilmenge der nichtdeutschen Tatverdächtigen.



„Opferdelikte“

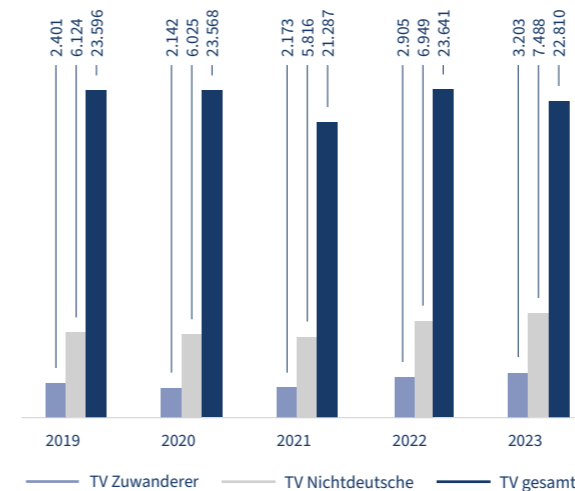
Unter dem Begriff Opferdelikte werden alle Delikte erfasst, bei denen sich die strafbare Handlung unmittelbar gegen eine natürliche Person richtet. Das sind vor allem Straftaten gegen höchstpersönliche Rechtsgüter. Nicht erfasst sind beispielsweise Delikte wie Ladendiebstahl.

Welche Straftaten begehen Zuwanderer



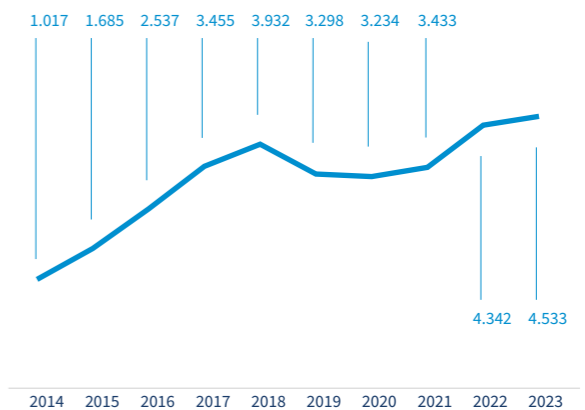
Hinweis: bereinigte Zahlen

Anteile der Tatverdächtigen (TV) im 5-Jahres-Vergleich



Hinweis: bereinigte Zahlen

Durch Zuwanderer begangene Straftaten im 10-Jahres-Vergleich



Kinder- und Jugendkriminalität Rückläufige Entwicklung

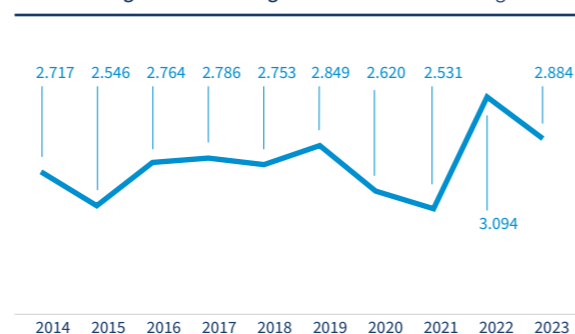
Im Bereich des Polizeipräsidiums Oberfranken kam es im Jahr 2023 gleich zu zwei aufsehenerregenden Mordfällen mit Tatbeteiligung von Minderjährigen. Im März hat ein damals 17-Jähriger eine Verkäuferin in einem Blumenladen in Lichtenfels getötet. Wenig später, im April, war ein damals Elfjähriger am Tod eines zehnjährigen Mädchens in einem Jugendheim in Wunsiedel beteiligt. Auch wenn diese zwei tragischen Vorfälle die öffentliche Wahrnehmung geprägt haben, ist in einer Gesamtbetrachtung festzustellen, dass die Kinder- und Jugenddelinquenz rückläufig ist.

Bei der Erfassung von Delikten, die Kinder oder Jugendliche begehen, wird zwischen mehreren Altersgruppen unterschieden. Tatverdächtige, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gelten als Kinder. Bevor sie das 18. Lebensjahr abgeschlossen haben, werden sie als Jugendliche erfasst. Bis zum 21. Lebensjahr spricht man von Heranwachsenden, bei älteren Tatverdächtigen dann von Erwachsenen.

Obwohl Kinder unter 14 Jahren generell als schuldunfähig gelten, werden sie dennoch als Tatverdächtige erfasst. Die polizeiliche Erfassung hat dabei keine Auswirkungen auf eventuelle Strafverfahren.

Der Anteil tatverdächtiger Kinder und Jugendlicher lag im Jahr 2023 bei 12,6 Prozent und ist damit um 0,5 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Insgesamt wurden 2.884 tatverdächtige Kinder und Jugendliche gezählt, von denen 140 unter Alkoholeinfluss standen und 81 harte Drogen konsumierten. 23 Kinder- und Jugendliche führten bei der Begehung der Tat eine Schusswaffe mit sich. Mit 30,6 Prozent sind knapp ein Drittel aller straffällig gewordenen Minderjährigen bereits als Tatverdächtige in Erscheinung getreten. Die überwiegende Mehrheit, nämlich 70,5 Prozent, war alleinhandelnd.

Tatverdächtige Kinder und Jugendliche im 10-Jahres-Vergleich



Diebstahl

Nach einem Höchstwert der tatverdächtigen Kinder und Jugendlichen bei den Diebstahldelikten im Berichtsjahr 2022 ist die Zahl nun wieder rückläufig. Der Abwärtstrend zeigt sich jedoch bei den Kindern nicht ganz so deutlich wie bei den Jugendlichen: Die Anzahl tatverdächtiger Kinder in den vergangenen zwei Jahren bleibt auf einem bis dahin nicht erreichten hohen Niveau. Kinder wurden hier 412 Mal erfasst, Jugendliche waren in 572 Fällen tatverdächtig.

Der Anteil der nichtdeutschen minderjährigen Tatverdächtigen lag bei 27,1 Prozent und nahm damit im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte zu. Damit erreichten die nichtdeutschen Tatverdächtigen den bislang höchsten Anteil während der vergangenen zehn Jahre. Neben 713 deutschen, wurden unter anderem 60 syrische, 33 ukrainische und 22 tschechische minderjährige Tatverdächtige registriert. Mehr als die Hälfte der Tatverdächtigen war männlich (57,9 Prozent).

Ladendiebstahl

Analog den Diebstahldelikten ist die Zahl von Kindern und Jugendlichen als Tatverdächtige im Berichtsjahr 2023 auch bei den Ladendiebstählen wieder rückläufig, nachdem im Vorjahr ein Zehnjahreshöchstwert erreicht wurde. So werden für das Delikt Ladendiebstahl insgesamt 350 kindliche Tatverdächtige (minus 28) und 405 Jugendliche (minus 51) gezählt. Der Rückgang der jugendlichen Tatverdächtigen ist dabei deutlicher zu erkennen.

Der Anteil der nichtdeutschen minderjährigen Tatverdächtigen lag in 2023 bei 27,5 Prozent, was einen Anstieg um 0,8 Prozentpunkte bedeutet. Die Aufteilung der Staatsangehörigkeit zeigt sich in etwa analog zu den Diebstahldelikten. Männliche (377) und weibliche (376) Personen waren fast gleich oft erfasst.

Gewaltkriminalität

Unter dem Begriff der Gewaltkriminalität werden Opferdelikte mit höherer Gewaltintensität, wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raubdelikte, schwere und gefährliche Körperverletzung, Geiselnahme und diverse Angriffsdelikte erfasst.

Hier ist festzustellen, dass die Anzahl der als tatverdächtig registrierten Jugendlichen doppelt so hoch ist wie die der tatverdächtigen Kinder. Die Anzahl tatverdächtiger Kinder lag bis zum Jahr 2021 im zweistelligen Bereich. Im vergangenen Jahr erhöhte sich die Anzahl zum Vorjahr um 78,9 Prozent auf 102 Tatverdächtige, zum aktuellen Berichtsjahr 2023 wird erneut eine Zunahme von 16,7 Prozent auf 119 tatverdächtige Kinder festgestellt. Die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen zeigte sich 2023 im Vergleich zum Vorjahr fast konstant (plus zwei Tatverdächtige).

34,1 Prozent der minderjährigen Tatverdächtigen hatten keine deutsche Staatsbürgerschaft. Neben 213 deutschen Minderjährigen, wurden 45 syrische, acht ukrainische, sieben italienische und sieben afghanische als Tatverdächtige erfasst. Ein Großteil der Tatverdächtigen war männlich (77,7 Prozent).

Sachbeschädigung

Bei den Sachbeschädigungsdelikten zeigt sich erfreulicherweise ein deutlicher Rückgang sowohl bei den Kindern (minus 47 Tatverdächtige / 26,9 Prozent) als auch – sogar noch deutlicher – bei den Jugendlichen (minus 89 / 32,1 Prozent). Blickt man auf die Übersicht über die vergangenen zehn Jahre kann insbesondere bei den jugendlichen Tatverdächtigen eine rückläufige Tendenz festgestellt werden. Im Jahr 2023 wurde mit 188 der Sachbeschädigung tatverdächtiger Jugendliche der niedrigste Stand während dieses Zeitraumes erfasst.

Bei den Kindern bewegt sich die Anzahl der Tatverdächtigen in etwa auf einem gleichbleibenden Niveau, mit Ausnahme der Jahre 2017 (195) und 2022 (75). 128 tatverdächtige Kinder im Jahr 2023 sind in der Betrachtung der vergangenen zehn Jahre der zweitniedrigste Stand nach 2015 und ein deutlicher Rückgang im Vergleich zum Vorjahr.

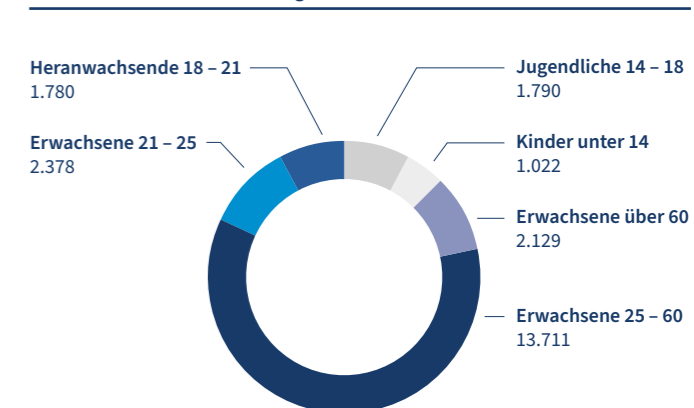
Bei den Sachbeschädigungen liegt der Anteil minderjähriger nichtdeutscher Tatverdächtiger bei 20,3 Prozent. Nur 49 der 316 Tatverdächtigen waren weiblich (15,5 Prozent).

Rauschgiftkriminalität

Bei diesen Delikten werden Kinder nur in sehr niedriger Zahl als Tatverdächtige geführt. Im Berichtsjahr 2023 waren es 22 – drei weniger als im Vorjahr und damit auf nahezu gleichbleibendem Niveau. Lediglich im Pandemiejahr 2021 blieb diese Zahl einstellig. Tatverdächtige Jugendliche sind in diesem Deliktbereich deutlich häufiger vertreten. Bis zum Jahr 2020 stieg die Anzahl der Tatverdächtigen bis auf 554 Tatverdächtige an. In den vergangenen drei Jahren, seit 2021, geht die Zahl kontinuierlich bis aktuell auf 393 jugendliche Tatverdächtige zurück. Zum Vorjahr wurde ein Rückgang von 32 Jugendlichen (minus 7,5 Prozent) registriert.

Nur 9,2 Prozent der minderjährigen Tatverdächtigen waren Nichtdeutsche. Dabei wurden unter anderem acht syrische, fünf polnische, drei bulgarische und drei italienische Staatsbürger erfasst. Mit 80,4 Prozent war der überwiegende Teil der minderjährigen Tatverdächtigen auf dem Gebiet der Rauschgiftkriminalität männlich.

Altersstruktur der Tatverdächtigen 2023



Hinweis: bereinigte Zahlen



SOKO Blume

Am Abend des 10. März 2023 wurde eine Frau in einem Blumenladen in Lichtenfels leblos aufgefunden. Erste Erkenntnisse legten den Verdacht eines Tötungsdeliktes nahe. Durch intensive Ermittlungen der Sonderkommission „Blume“, eingerichtet durch die KPI Coburg, konnte kurz darauf ein damals 17-jähriger Tatverdächtiger festgenommen werden. Das Landgericht Coburg verurteilte den Jugendlichen zu einer Haftstrafe von neuneneinhalb Jahren.

Das Urteil ist rechtskräftig.



SOKO Park

Am Morgen des 4. April 2023 wurde die Leiche eines zehnjährigen Mädchens in einem Jugendheim in Wunsiedel aufgefunden. Die KPI Hof errichtete die Sonderkommission „Park“. Deren akribische und umfangreiche Spurensicherung führte die Ermittler auf die Spur eines damals elfjährigen Tatverdächtigen, der zusammen mit einem 25-Jährigen am Tod des Mädchens beteiligt gewesen sein soll. Das Landgericht Hof verurteilte den Mann wegen sexuellen Missbrauchs zu siebeneinhalb Jahren Haft.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) Politische Lage beeinflusst das Bild

Nachdem im Zeitraum von 2012 bis 2019 die Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität weitestgehend auf gleichem Niveau blieben, ist seit dem Jahr 2020 ein überproportionaler Anstieg festzustellen. 714 Fälle im Jahr 2023 sind ein neuer Höchstwert (Vorjahr 603 Fälle). Dabei konnten 56,6 Prozent der Delikte aufgeklärt werden. Erfasst werden hierbei Delikte, die aus einer politischen Motivation heraus begangen werden. Unterschieden werden die Felder „Rechts“, „Links“, „Ausländische Ideologie“, „Religiöse Ideologie“ sowie „Sonstige Zuordnung“. Beeinflusst wurden die Fallzahlen durch die Landtagswahlen sowie die internationalen Konflikte wie in Israel/Palästina.

714

Fälle politisch motivierter Kriminalität im Jahr 2023 sind ein **neuer Höchstwert** (Vorjahr 603 Fälle)

Rechtsextremismus (PMK-Rechts)

Im Bereich PMK-Rechts ist eine steigende Tendenz zu konstatieren. Nachdem 2022 mit 241 Straftaten der Höchstwert aus dem Jahr 2020 bereits egalisiert wurde, gab es im Jahr 2023 mit 290 Fällen einen neuen Höchststand. Damit befindet sich in Oberfranken der Phänomenbereich „Rechts“ an zweiter Stelle der politisch motivierten Straftaten hinter der „Sonstigen Zuordnung“. In den Großräumen Hof und Bayreuth blieben die Zahlen seit 2020 weitgehend stabil mit leicht fallender Tendenz, während sie im Bereich Coburg erneut leicht anstiegen. Im Bereich Bamberg wurde eine deutliche Steigerung von 65 auf 111 Fälle festgestellt. Aufgeklärt wurden 63,4 Prozent der Fälle.

Im Bereich PMK-Rechts kam es zu sechs Gewaltdelikten, dazu zählen fünf Körperverletzungen und ein Branddelikt. Mit der Ausnahme einer Körperverletzung wurden alle Fälle geklärt.

Fallbeispiel PMK-Rechts

Am 21. Juli wurden in einer Schule in Bayreuth in den Toilettenräumen volksverhetzende Sprüche und NS-Symbole angebracht. Die KPI Bayreuth ermittelte zwei Heranwachsende als Tatverdächtige.



Linksextremismus (PMK-Links)

Der Bereich PMK-Links zeigt sich seit 2020 rückläufig: Im Jahr 2020 wurden noch 128 Fälle registriert. Nach jeweils 73 Fällen in 2021 und 2022 zählte die oberfränkische Polizei im Jahr 2023 51 Straftaten. Diese sind in allen Bereichen leicht rückläufig, den deutlichsten Rückgang gibt es im Raum Bayreuth (von 24 auf 7 Fälle).

Es wurden sieben Gewaltdelikte (ein gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr, fünf Mal Körperverletzung, ein Raub) angezeigt. Die Aufklärungsquote im Bereich PMK-Links betrug 17,6 Prozent.

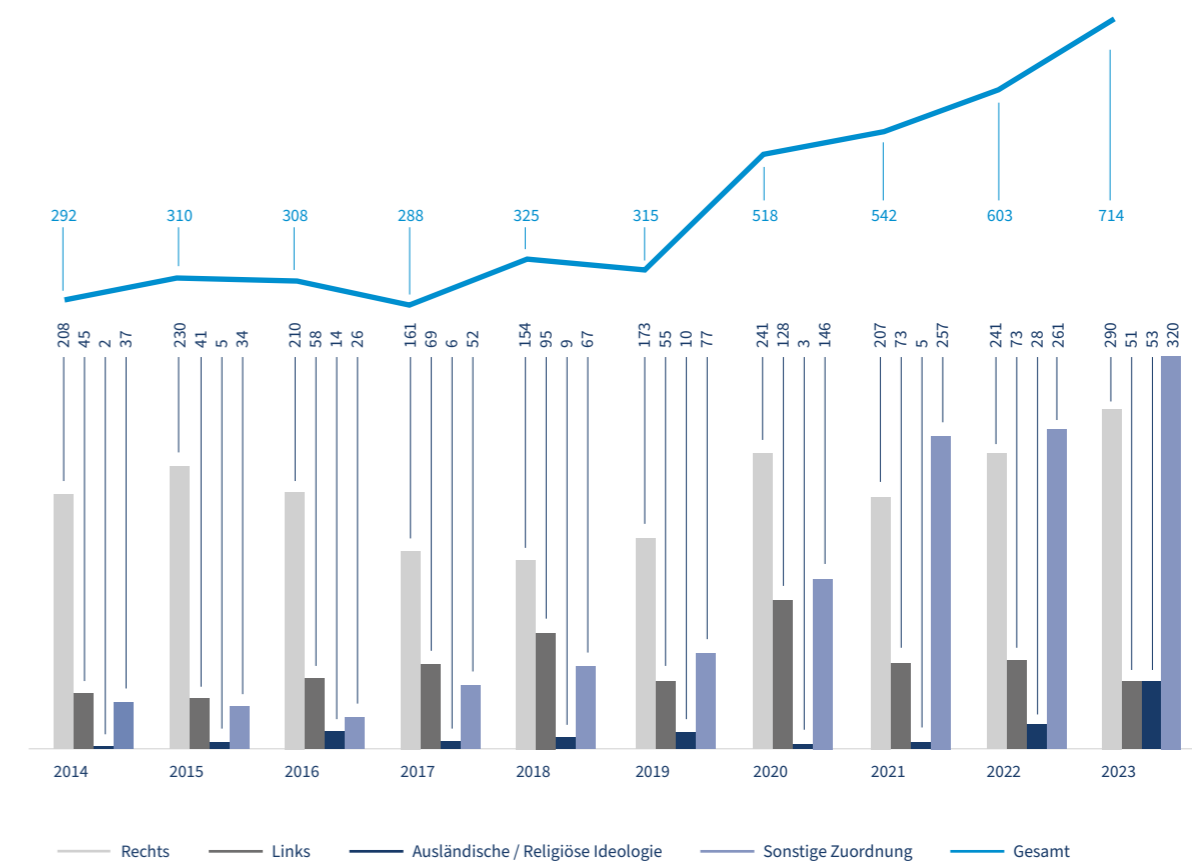


Fallbeispiel PMK-Links

Auf einer Online-Plattform kündigte die Antifa-Szene an, als Reaktion auf Haftstrafen gegen Angehörige ihrer Szene mit Gewaltdelikten und Vandalismus zu reagieren, sollten weitere Maßnahmen gegen linke Strukturen durchgeführt werden. Auch wenn der Aufruf kein explizites Ziel beinhaltete, wurden Einsatzkräfte und gefährdete Objekte sensibilisiert.



Politisch motivierte Kriminalität in Oberfranken im 10-Jahres-Vergleich





Ausländische Ideologie

Von ausländischer Ideologie ist die Rede, wenn eine aus dem Ausland stammende Ideologie (nicht religiös) eine Einflussnahme auf Verhältnisse, Entwicklungen und Strukturen im Inland zum Ziel hat.

In diesem Bereich gab es in Oberfranken 21 Fälle bei einer Aufklärungsquote von 33,3 Prozent. Darunter fünf Körperverletzungen, von denen drei geklärt werden konnten.



Fallbeispiel Ausländische Ideologie

Am 11. Oktober war ein 25-Jähriger in Bayreuth auf dem Heimweg und hatte eine Israel-Fahne bei sich. Drei Heranwachsende sprachen den Mann darauf an und versuchten mehrfach, ihm die Fahne zu entreißen. Der Geschädigte konnte unverletzt fliehen und die Polizei verständigen. Vor dem Hintergrund des Israel/Palästina-Konfliktes übernahm die KPI Bayreuth die weitere Sachbearbeitung.

Religiöse Ideologie

Bei Straftaten mit religiöser Motivation ist ein überproportionaler Anstieg zu verzeichnen. Nach geringen Fallzahlen von 2018 bis 2022 zählte die oberfränkische Polizei im Jahr 2023 32 Straftaten. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina war hier ein deutlicher Auslöser.

Die Aufklärungsquote der Delikte beläuft sich auf 40,6 Prozent. Ein Delikt des gefährlichen Eingriffs in den Bahn-, Schiffs- und Luft- und Straßenverkehr war als Gewaltdelikt einzustufen.



Fallbeispiel Religiöse Ideologie

Am 20. Oktober entfiel der Unterricht an der Gesamtschule Hollfeld, nachdem dort eine Bombendrohung mit Hamas-Bezug einging. Nach Einschätzung der Situation ergaben sich Hinweise darauf, dass der Täter das religiös motivierte Vorgehen der Terrororganisation vorschob, allerdings keine konkrete Gefährdung vorlag.

Sonstige Zuordnung

Kann eine Straftat mit offensichtlich politischem Hintergrund keinem der einzeln aufgeführten Bereiche zugeordnet werden, werden sie unter „sonstiger Zuordnung“ zusammengefasst.

Darunter fallen zum Beispiel Reichsbürger/Selbstverwalter, Querdenker, Coronaleugner, radikale Tierrechtsaktivisten, gefahrgeneigter Klimaaktivismus oder wenn das Opfer einer vulnerablen Gruppe (LGBTIQ*) angehört.

Nach einem kontinuierlichen leichten Anstieg bis ins Jahr 2019 setzte sich der Trend überproportional nach oben fort. Im Jahr 2021 zählte die oberfränkische Polizei 257 Fälle, 2022 bereits 261. Im vergangenen Jahr wurde mit 320 Fällen ein neuer Höchstwert registriert.

Dabei stiegen die Zahlen in den Bereichen Bamberg (65 auf 105) und Coburg (40 auf 76). In Bayreuth (96 auf 82) und Hof (60 auf 57) gingen sie zurück. 14 Mal handelte es sich um Gewaltdelikte (zwei Mal Erpressung, acht Mal Körperverletzung, zwei Mal Widerstand, eine Freiheitsberaubung, ein gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luft- und Straßenverkehr). Die Aufklärungsquote lag im vergangenen Jahr bei 59,7 Prozent.

Fallbeispiel Sonstige Zuordnung

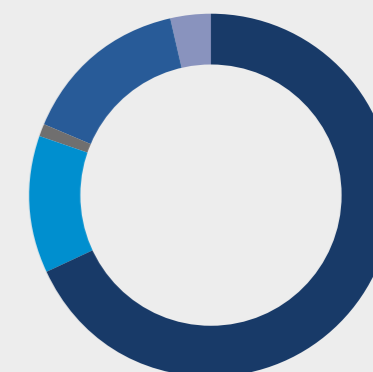
Am 15. Juli wurden sechs Frauen nach dem Besuch des Christopher-Street-Day in Bayreuth an der Zentralen Omnibushaltestelle bespuckt.

Die Frauen waren aufgrund ihrer Kleidung deutlich als Sympathisanten der LGBTIQ*-Bewegung zu erkennen, sie blieben unverletzt. Wegen der Äußerungen der Täter ist davon auszugehen, dass diese aus Abneigung gegenüber der vermeintlichen sexuellen Orientierung der Frauen so gehandelt haben.



Hasskriminalität

Von den 714 erfassten PMK-Delikten im Jahr 2023 sind 173 der Hasskriminalität zuzurechnen. Diese Fälle verteilen sich auf die einzelnen Phänomenbereiche wie folgt.



Rechte Kriminalität: 118 Religiöse Ideologie: 26
Sonstige Zuordnung: 21 Ausländische Ideologie: 6
Linke Kriminalität: 2

Die Tätermotivationen waren überwiegend fremdenfeindlich, antisemitisch, ausländerfeindlich oder rassistisch; vereinzelt gegen die geschlechtsbezogene Diversität, die sexuelle Orientierung gerichtet oder islamfeindlich.

Der Anzahl der Fälle mit antisemitischer Motivation erhöhte sich im vergangenen Jahr auf 64 Taten (2022: 23). Der Anteil von Antisemitismus an der Hasskriminalität befindet sich mit 36,9 Prozent leicht über dem gesamt-bayerischen Durchschnitt von 31,5 Prozent.

Deutlich ist der Anteil an Straftaten mit antisemitischer Motivation mit 30 Fällen aus dem Bereich PMK-Rechts und 31 Fällen aus dem Bereich PMK-Religiös. Das entspricht 17,3 Prozent. Aus dem Bereich PMK-ausländische Ideologie wurden drei Fälle erfasst, für PMK-Links zwei Fälle, während acht Fälle der sonstigen Zuordnung entsprachen.

Rauschgiftkriminalität Oberfranken trotz dem Trend

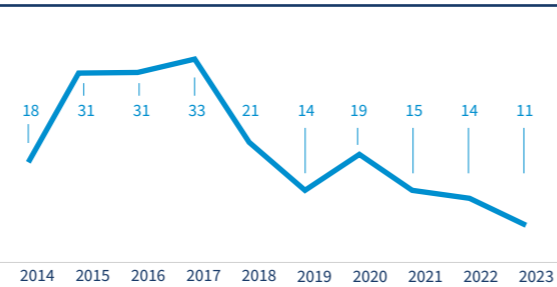
Die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und die Rauschgiftkriminalität nahmen bayernweit zu. In Oberfranken jedoch blieben die Fallzahlen, nach schon einem leichten Rückgang im Jahr 2022 (5.229 Fälle), weiterhin deutlich abnehmend. Mit 4.723 Fällen wurden 506 Verstöße weniger festgestellt, was einem Minus von 9,7 Prozent entspricht.

Der Schwerpunkt der Betäubungsmittelarten liegt weiterhin auf Cannabis und Crystal, wobei die Fallzahlen eine rückläufige Tendenz zeigen. Die Verstöße mit Crystal haben um 12,7 Prozent abgenommen. Verstöße mit Cannabis sind um sechs Prozentpunkte gesunken.

Auch Verstöße mit Heroin gingen zurück. 58 Fälle bedeuten einen Tiefstwert im Vergleich der vergangenen acht Jahre. Einzig die Verstöße mit Kokain stiegen auf 151 Fälle an.

Anfang Juli 2023 tauchte die gefährliche Droge „Blue Punisher“ am Altstadtfest in Kulmbach auf. Der stark

Rauschgifttote im 10-Jahres-Vergleich



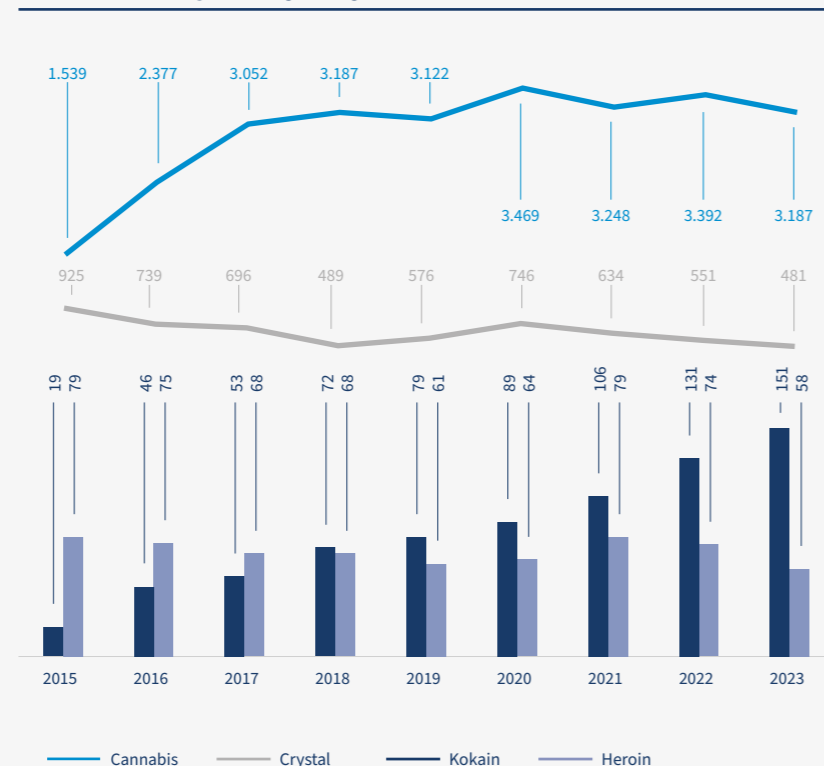
schwankende Wirkstoffgehalt der neuartigen Ecstasy-Pillen forderte kurz zuvor in Mecklenburg-Vorpommern ein Todesopfer. Nach der Festnahme eines Mannes blieb dies der einzige bekannt gewordene Fall in Oberfranken.

Mit elf Rauschgifttoden im Jahr 2023 wurde ein Tiefstwert der letzten zehn Jahre registriert (2022: 14 Todesfälle).

9,7

Um 9,7 Prozent sank die Zahl der Rauschgiftfälle im Vergleich zum Vorjahr.

Verstöße mit Rauschgift im Langzeitvergleich



Delikte im öffentlichen Raum Tatörtlichkeiten

Straftaten an öffentlichen Orten werden von sehr vielen Menschen wahrgenommen und sind daher überproportional in den Medien präsent, sie wirken auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

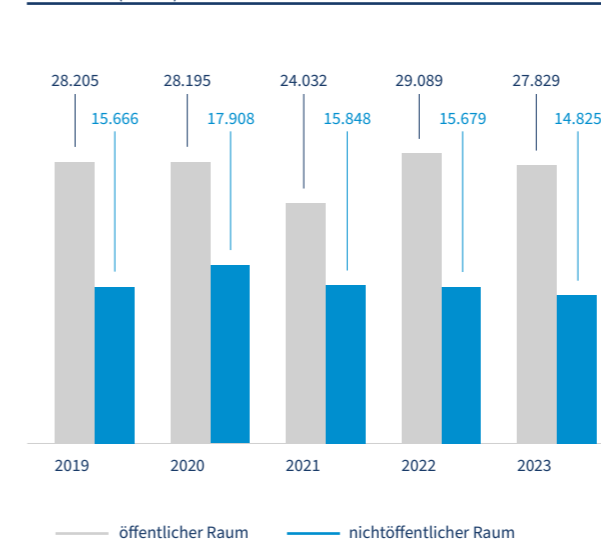
Als nichtöffentlicher Raum werden Tatörtlichkeiten mit Zugangsvoraussetzung definiert, dazu gehört zum Beispiel Wohnraum aber auch Autos, Lagerräume, Werkstätten, Umkleieräume oder Asylbewerberunterkünfte. Im Gegensatz dazu ist der öffentliche Raum grundsätzlich zugänglich, beispielsweise Bahnhöfe, Schulen, Amtsgebäude, Warenhäuser, etc.

Die oberfränkische Polizei ist sich der Bedeutung der Sicherheit im öffentlichen Raum bewusst und misst der Präventionsarbeit an öffentlichen Einrichtungen besondere Bedeutung zu.

Im öffentlichen Raum wurden 27.829 bereinigte Straftaten registriert und damit fast doppelt so viele Straftaten wie im nichtöffentlichen Raum (14.825). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Straftaten für beide Bereiche rückläufig. So gingen die Fallzahlen im öffentlichen Raum um 4,3 Prozent und im nichtöffentlichen Raum um 5,4 Prozent zurück.

Während im öffentlichen Raum die Aufklärungsquote um 1,2 Punkte auf 67,9 Prozent stieg, ging sie im nichtöffentlichen Raum geringfügig auf 76,9 Prozent zurück. An sich liegt sie jedoch deutlich höher als im öffentlichen Raum.

Delikte im (Nicht-)Öffentlichen Raum



Badeanstalten

Mit den Tatörtlichkeiten „Badeanstalt“ oder „Freibad“ wurden im vergangenen Jahr 116 Fälle erfasst. Insgesamt 59 Tatverdächtige wurden bei einer Aufklärungsquote von 50 Prozent ermittelt, davon waren mehr als drei Viertel, also 47 Tatverdächtige, männlich. 72,9 Prozent der Tatverdächtigen waren Erwachsene, Jugendliche traten zu 13,6 Prozent in Erscheinung.

50 Diebstahldelikte, zum Großteil einfache Diebstähle, wurden aufgenommen und stellten den größten Anteil. Sonstige Straftaten, wie Sachbeschädigungen, Hausfriedensbruch und Beleidigungen, machten etwa ein Viertel der Fälle aus (25 Fälle). 18 Fälle von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden aufgenommen.

Delikte in Badeanstalten

Jahr	Fälle	AQ in %
2019	164	57,9
2020	102	59,8
2021	67	73,1
2022	137	40,1
2023	116	50

Öffentlicher Personenverkehr

In öffentlichen Verkehrsmitteln sowie deren Umfeld, wie Bahnhöfe oder Bushaltestellen, wurden im vergangenen Jahr 2.036 bereinigte Straftaten festgestellt. Dies bedeutet eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr um 101 Fälle bzw. 5,2 Prozent. Von den 1.278 Tatverdächtigen waren 48,9 Prozent Nichtdeutsche (625). Nur 209 der Tatverdächtigen (16,4 Prozent) waren weiblich.

Mit 716 Fällen kommen über ein Drittel der dort registrierten Taten aus den Vermögens- und Fälschungsdelikten, in denen auch die Straftat „Erschleichen von Leistungen“ 587 Mal erfasst wurde. Sonstige Straftaten (zum Beispiel Beleidigung oder Hausfriedensbruch) wurden 564 Mal registriert. Weiter wurden 441 Fälle der Straßenkriminalität, 325 Rauschgiftdelikte, 188 Rohheitsdelikte und 169 Diebstahldelikte erfasst.

Delikte im öffentlichen Personenverkehr

Jahr	Fälle	AQ in %
2019	750	82,9
2020	1609	71
2021	1400	70,6
2022	1935	67,8
2023	2036	69,8

Mit Sicherheit

für jeden Menschen
für jede Kommune
für jeden Landkreis
für ganz Oberfranken